

**Anfrage zur schriftlichen Beantwortung E-004933/2025
an die Kommission**

Artikel 144 der Geschäftsordnung

Catherine Griset (Pfe), Angéline Furet (Pfe), François-Xavier Bellamy (PPE), Milan Uhrík (ESN), Ondřej Knotek (Pfe), Paolo Borchia (Pfe), Sarah Knafo (ESN), André Rougé (Pfe), Gilles Pennelle (Pfe), Hans Neuhoﬀ (ESN), Mathilde Androuët (Pfe), Marion Maréchal (ECR), Jorge Buxadé Villalba (Pfe)

Betrifft: Skandal an der Islamischen Universität für Naturwissenschaften und Technologie in Gaziantep: wird Radikalisierung mit den Mitteln von Erasmus+ finanziert?

Die Islamische Universität für Naturwissenschaften und Technologie in Gaziantep (GIBTU) erhält seit mehreren Jahren EU-Mittel, vor allem über Erasmus+ (KA131-HED) und über das Europäische Solidaritätskorps. Es gibt jedoch ernsthafte Bedenken hinsichtlich der Vereinbarkeit dieser Unterstützung mit den Werten der Europäischen Union.

So organisiert oder unterstützt die GIBTU seit Oktober 2024 Veranstaltungen zur Verherrlichung der Terrorangriffe vom 7. Oktober 2023 auf Israel, die als „historische Wende, mit der die Ehre der Umma [der muslimischen Glaubensgemeinschaft] wiederhergestellt wurde“, bezeichnet werden, und verbreitet gegen Israel gerichtete Hasspropaganda. Im Oktober 2025 richtete die Universität ein Forum aus, an dem umstrittene Persönlichkeiten aus Politik und Religion, darunter der Vorsitzende der türkischen Nationalagentur, İlker Astarıcı, teilnahmen. İlker Astarıcı trat zudem öffentlich an der Seite des Rektors der GIBTU auf und sorgte im August 2025 für die fortgesetzte finanzielle Unterstützung der Universität durch die EU.

Ungeachtet dessen hat die Kommission die türkische Nationalagentur mit der Untersuchung beauftragt, ob gegen die GIBTU Sanktionen verhängt werden sollten.

1. Warum wurde diese Bewertung einer Einrichtung übertragen, deren Vorsitzender öffentliche und ideologische Verbindungen zur GIBTU unterhält?
2. Ist die Kommission der Auffassung, dass die jüngsten Aktivitäten der GIBTU mit den Werten der EU und den Bedingungen für den Erhalt von EU-Mitteln vereinbar sind?
3. Erwägt die Kommission, eine unabhängige Stelle mit der Untersuchung zu betrauen und die Finanzierung auszusetzen, wenn sich die Vorwürfe bestätigen sollten?

Unterstützer¹

Eingang: 12.12.2025

¹ Diese Anfrage wird von Mitgliedern unterstützt, die nicht mit den Verfassern bzw. Verfasserinnen identisch sind: Julie Rechagneux (Pfe), Nikola Bartůšek (Pfe), Thierry Mariani (Pfe), Geadis Geadı (ECR), Fabrice Leggeri (Pfe).